

Angriff auf Arbeitszeit steht bevor

Um den freien Fall der SPÖ abzubremsen, spricht Kern kämpferisch von Maschinensteuer und Arbeitszeitverkürzung. Doch Industrie-Bosse und Unternehmens-Verbände wissen, dass mit dieser SPÖ weiterhin „ein Staat zu machen ist“. Die Kapital-Lobby pocht darauf, dass die große Koalition ab Herbst Flexibilisierung und Arbeitszeit-Verlängerung durchbringt.

Seite 2

Neoliberale Offensive in Brasilien

Nach der Amtsenthebungsklage gegen die brasilianische Regierungschefin Dilma Rousseff hat der ehemalige Vizepräsident Michel Temer das Präsidentenamt übernommen. Die neue Regierung hat eine Lawine an neoliberalen Attacken vor, aber sie ist seit dem ersten Tag mit heftigen Protesten und Skandalen konfrontiert.

Seite 12

Schwerpunkt

Der 80. Jahrestag des Spanischen Bürgerkrieges und dessen Lehren sind hochaktuell und wichtige Grundlagen für den Kampf gegen Rechtsextremismus und Faschismus.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 250 | 07/08.16

Internationale Solidarität gegen EU & Regierung!

In ganz Europa brodelt es. Die britische Bevölkerung sendet mit dem Brexit einen Denktzettel an die eigenen und die europäischen Eliten. Sie erteilen der EU mit ihren Sparprogrammen und undemokratischen Entscheidungen eine Abfuhr. Die EU ist ein Projekt der Bosse und Konzerne und schon immer ein Rammbock gegen die Rechte von ArbeiterInnen. Sie bedeutet ermordete Flüchtlinge und vor Hunger zusammenbrechende Kinder in griechischen Schulen. EU-Kommissionspräsident Juncker meint, die brutale neoliberale Reform des Ar-

da die nationalen Regierungen genauso die Interessen der Konzerne vertreten und auch ohne EU die Mindestsicherung kürzen oder Spitäler schließen. Was wir brauchen ist internationale Solidarität für ein Europa der ArbeiterInnen und Ausgebeuteten. Das geht nicht mit der EU, sondern nur durch gemeinsamen Widerstand von unten. Das Vertrauen in die etablierte Politik ist zu Recht angeschlagen. Schon länger wankt die EU wirtschaftlich, nun könnte sie auch politisch zerbrechen. Widerstand gegen „die da oben“ gibt es in vielen Län-



Bei der EU geht es nicht um Frieden und Soziales, sondern um die Interessen von Wirtschaft und Banken.

beitsrechts in Frankreich sei „das Minimum von dem, was es zu tun gilt“. Eine „Rückkehr zum Nationalstaat“ wie FPÖ&Co. Fordern, löst auch nichts,

dern. In Frankreich wehren sich Millionen durch Massendemonstration und Streiks gegen den Angriff auf grundlegende Rechte von Beschäftigten. In Bel-

gien ist im Herbst ein Generalstreik angekündigt. In Deutschland gab es 2015 die meisten Streiktage seit 1993. Ausgehend von der Berliner Charité (größtes Krankenhaus Europas) gibt es eine Streikbewegung für bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem und im Oktober demonstrierten 250.000 gegen TTIP. Immer mehr Menschen sind wütend über die unsoziale Kürzungspolitik

von EU und nationalen Regierungen. Überlassen wir diese Wut nicht den rechten Hetzern. Wo es Kämpfe für soziale Verbesserungen bzw. wirklich linke Parteien gibt, haben die Rechten nichts zu melden. Kämpfen wir in Österreich und europaweit gemeinsam für höhere Löhne, mehr Geld für Soziales und Bildung und gegen die Politik für Banken und Konzerne.

Christoph Glaninger

Die SLP fordert:

- Widerstand gegen unsoziale Politik – für europaweite Massenproteste!
- Wir lassen uns nicht spalten – gegen Nationalismus und Rassismus!
- Für ein sozialistisches Europa der Millionen statt der MillionärInnen!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Starke 96,8% erhielt Christian Kern bei der Wahl zum Parteivorsitzenden. SPÖlerInnen überschlugen sich in Lobeshymnen und die bisher kritischere Jugend wird zu Kernboys und -girls. Kerns Auftritte erinnern an die Motivationsreden von Managern: viele Worte, Durchhalteparolen, wenig Inhalt. Für jeden sind ein paar Schlagworte dabei. Ähnlich wie seinerzeit Bruno Kreisky setzt er bei gesellschaftspolitischen Punkten einige „linke“ Akzente – wie seine Rede bei der Regenbogenparade. Und die Praxis? Die SPÖ-Burgenland koalitiert weiter mit der FPÖ. In der Flüchtlingspolitik wird nichts geändert. Konkrete Ansagen für die Sozialpolitik fehlen bzw. sind die Kernsche Version von „gehts der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“. Der Staat soll den Rahmen für die Entwicklung der Wirtschaft schaffen (Stichworte: Modernisierung und Kaufkraft stärken). Er will das neoliberale Projekt EU retten.

Can't feel the Kern

Kern versucht als „ideeller Gesamtkapitalist“ das System zu retten. Dass das als „links“ in der SPÖ abgefeiert wird, sagt viel über die verbürgerlichte SPÖ aus. Und über die „Linken“ in der SPÖ, die sich mit ein paar Schlagworten abspeisen lassen. Die paar vagen Ankündigungen in Richtung ungerechter Reichumsverteilung werden nicht allzu heiß gegessen werden. Hier hat sich Kern mit der Aussage „Kompromisse werden wir eh genug machen müssen“ schon abgesichert. Die Ausrede auf den Koalitionspartner mag bei den Resten der Linken in der SPÖ funktionieren. Den WählerInnen ist das aber herzlich egal. Kern ist ein Taktiker, der weiß, dass die Linken in der SPÖ die aktivsten Teile der Basis sind, die er braucht, um ihm den kommenden Wahlkampf zu führen. Und er ist das Angebot der SPÖ an die Wirtschaft, das klarmacht: „Wir (also die SPÖ) sind die wahre Wirtschaftspartei hier im Land“. Die aktuelle Begeisterung in der SPÖ-Basis wird daher wohl bald einer frustrierten Katerstimmung weichen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

SPÖ: Kein Zurück zu „alten sozialen Werten“

In **Oberösterreich** machte der neoliberale Kurs aus der SPÖ eine Kleinpartei. Wie sieht die künftige Wirtschafts- und Sozialpolitik unter der neuen Vorsitzenden aus? Birgit Gerstorfer war als AMS-Chefin verantwortlich dafür, den neoliberalen und unmenschlichen Umgang mit den Opfern der kapitalistischen Krise zu managen. Dort sprach sie sich u.a. für Lohnsubventionen durch das AMS aus, statt für höhere

re Löhne, die vom Unternehmen bezahlt werden. Und wenn Kern am SPÖ-Parteitag von Arbeitszeitverkürzung sprach, dann sagte er nichts zur Frage, ob mit vollem Lohn oder nicht. Niedrigere Löhne aber können sich die wenigsten leisten! Wenn es die SPÖ ernst meint, dann kann sie z.B. in Wien oder Linz im Öffentlichen Dienst als ersten Schritt die Arbeitszeit bei vollem Lohn und Neueinstellungen verkürzen.



Angriff auf Arbeitszeiten

Mit **instinktivem** Verständnis für den verbalen Populismus von Bundeskanzler Kern legen die Eliten aus Kapital und Politik dem

genschaften zugunsten der Position des österreichischen Kapitals in der globalen Hackordnung geopfert werden sollen.

Von Arbeitszeitverkürzung redet Herr Kern. – Ohne Lohnverlust? Das sagt er nicht.

Kanzler klar vor, was sie sich erwarten: Nämlich die „Flexibilisierung der Arbeitszeit“. Ob Herr Thumser vom Henkel-Konzern, die „Freiheitliche Wirtschaft“ oder ÖVP-Vizekanzler Mitterlehner: allen geht's um „Wettbewerbsfähigkeit“. Schlagworte wie Modernisierung und Flexibilisierung bedeuten hierbei immer, dass von unten erreichte soziale Errun-

12-Stunden-Tag am Bau mit Jahresarbeitskonten will z.B. Pörr-Chef Strauss. Dies wird mit der SPÖ zu machen sein. Beispiel gefällig? APA-OTS zitiert Kärntens SPÖ-Kaiser indirekt: „Daher sei für Kaiser eine Arbeitszeitflexibilisierung diskutierbar, aber in geordneten Bahnen – zb mit einem Jahresarbeitszeitkonto.“ Bingo; den Baulöwen freut's.

Flexibilisierung wird uns dabei als win-win-Situation für Unternehmen und Beschäftigte verkauft. Es wäre gut, wenn die Arbeitszeiten besser der Lebenswirklichkeit entsprechen. Doch in einem krisengebeutelten Kapitalismus ist die Flexibilisierung in den meisten Fällen eine Verschlechterung für die Beschäftigten. Gewerkschaften und engagierte Betriebsräte müssen das verhindern. Um Arbeitsstress und Arbeitslosigkeit abzubauen, braucht es aber in erster Linie eine kämpferische Kampagne für echte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, wo die Arbeit auf mehr Beschäftigte aufgeteilt wird!

Franz Neuhold



Unehrlichkeit der Gewerkschaft bezüglich 12-Stunden-Tag

Man muss sich ja schon freuen, dass der ÖGB 2013/14 den Standpunkt „Genereller 12-Stunden-Tag kommt nicht“ angenommen hat. Doch die Gewerkschaften bekämpfen den 12-h-Tag leider nicht „generell“, sondern öffnen ihm die Hintertür. So ermöglichen sie, dass mittels Kollektivverträgen über Betriebsvereinbarungen 12-h-Tage eingeführt werden können! Georg Kapsch, Chef der Industriellenvereinigung

und rabiater 12-h-Agitator, über den aktuellen Kniefall der Sozialpartner: „Die ... beschlossene Flexibilisierung der Arbeitszeit bei den Metallern freut uns sehr“, sei aber nur „ein erster Schritt in die richtige Richtung“. (Die Presse 16.6.). AK-Chef Kaske am 15.6.: „Neues Zeitkontenmodell der Metallindustrie und des Bergbaus zeigt: Sozialpartnerschaft funktioniert!“ Wohl wahr, jedoch zu unseren Ungunsten!



Flüchtlinge sind nicht das Problem

Der Sommer ist da! Das heißt, die Flüchtlingsthematik wird wieder aktueller, denn in den Sommermonaten ist die

gend wird, auch wenn die Asyl-Obergrenze noch nicht erreicht wurde. Er argumentiert mit der hohen Arbeitslosigkeit: „Es

die uns von den etablierten Parteien, egal welcher Farbe, angeboten werden sind bloß Scheinlösungen.

Geld, um alle Flüchtlinge zu versorgen, um Jobs und Wohnungen für alle zu schaffen, um in Gesundheit, Bildung und Soziales zu investieren, anstatt zu kürzen. Holen wir uns das Geld von denen, die es haben!

Statt einer Obergrenze für Asylanträge braucht es Obergrenzen für Mieten und Reichtum.

Durchquerung des Mittelmeeres nicht ganz so gefährlich. Das ist auch den herrschenden Parteien klar. Sebastian Kurz würde am liebsten alle Flüchtlinge, ganz nach dem australischen Modell, unter unmenschlichen Bedingungen auf einer griechischen Insel internieren und überholt damit die FPÖ von rechts. Der neue Innenminister Sobotka forderte jüngst sogar, dass die Notverordnung schla-

drängen immer mehr (Flüchtlinge) auf den Arbeitsmarkt.“

SPÖ und ÖVP rücken immer weiter nach rechts, um nicht noch mehr WählerInnen an die FPÖ zu verlieren. Doch das wird nicht funktionieren, denn wer die Wahl zwischen dem Original und der Kopie hat, wird sich für ersteres entscheiden. Alle Lösungen für die Flüchtlingsproblematik,

Denn weder geschlossene Grenzen, noch Internierungslager noch eine Asyl-Obergrenze werden die steigende Arbeitslosigkeit und andere soziale Probleme stoppen. Die Schuldigen für diese Probleme finden sich in den Banken- und Konzernbüros, hier und in ganz Europa. Allein in Österreich besitzt das reichste 1% der Bevölkerung knapp 700 Milliarden Euro. Das ist genug

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen ÖsterreicherInnen und MigrantInnen, sondern zwischen oben und unten. Österreichische und nicht-österreichische Jugendliche, ArbeiterInnen und Arbeitslose sind die Opfer desselben kapitalistischen Systems. Wir müssen daher vereint für unsere gemeinsamen Interessen eintreten, dann wird Rassismus zur Randerscheinung.

Nicolas Prettnner

Länger arbeiten ist ungesund und gefährlich

Zu viel Arbeit gefährdet Leben: Skandalöse Aussage zum 12-Stunden-Tag von IV-Chef Kapsch: „Das tut niemandem weh“ (‘Die Presse’ vom 16.6.). 12 Stunden tun sogar sehr weh. Alle relevanten Studien zeigen ab neun Stunden täglicher Arbeitszeit einen deutlichen Anstieg von Unfällen. Mehr 12-h-Tage führen zu deutlich mehr Verletzungen und sogar Todesfällen! (Quelle: Gesundes Maß an Arbeitszeit, blog „Arbeit & Wirtschaft“)

Arbeitszeit-Bedürfnisse: Eine aktuelle AK-Studie zeigt: „Viele Vollzeitarbeitskräfte wollen kürzer arbeiten, bei Teilzeitarbeitskräften besteht der Wunsch nach mehr Arbeit“. 610.000 Beschäftigte wollen ihre Arbeitszeit verringern, 304.000 erhöhen. In Summe ergäbe das etwa 50.000 Vollzeitarbeitsplätze, die so geschaffen werden könnten! Diese Wünsche sind somit nur mit radikaler Arbeitszeitverkürzung möglich!

Gleitzeit & All-in: „Normale“ Arbeitszeiten werden immer weniger. Rund ein Viertel der unselbstständig Erwerbstätigen arbeiten Gleitzeit, Tendenz steigend. Flexible Modelle (inkl. Teilzeit) werden von den Unternehmen genutzt, um Beschäftigte über den Tisch zu ziehen. So ist laut work@professional (GPA) 1/3 aller Beschäftigten mit ihren „All-in-Verträgen“ (= Pauschalgehalt für alles inkl. Überstunden) nicht zufrieden.

Teilzeit ist weiblich: 47,3 % aller weiblichen Beschäftigten, aber nur 10% aller männlichen arbeiten Teilzeit. Leben kann man davon nicht gut. Der Grund ist oft fehlende Kinderbetreuung. Dafür werden 70% der Mehr- und Überstunden von Männern geleistet. Die Mehrarbeits- und Überstunden von Frauen werden häufiger nicht bezahlt (absolut 19%)! (Quelle: „Geschlechterungleichheit bei der Verteilung der Arbeitszeit in Österreich“)

Der rechte Rand

Bei den Märschen „für das Leben“ geht es Vielen nicht um „Lebensschutz“. Im Handbuch freier Politik, verfasst vom FPÖ-Kandidat Hofer, wird die Gebärmutter als „Ort mit der höchsten Sterbewahrscheinlichkeit in Österreich“ beschrieben. Dieselbe FPÖ, die für eine europäische Abschottungspolitik ist, die Menschen beim Versuch, hierher zu flüchten, tötet. Die neofaschistischen Identitären sind aus völkischen Gründen gegen Abtreibung. Die deutschen Identitären schreiben: „Die Zerschlagung der Familie ist Mitgrund dafür, dass unser Volk kinderlos bleibt. Durch Masseneinwanderung werden wir dann nach und nach ausgetauscht.“ Rumänische Neonazis von NAT88 bieten Prämien für die Sterilisierung von Roma. Die faschistische Jobbik ist gegen Abtreibung und fordert gleichzeitig „Geburtenkontrollen“ für Roma weil „Zigeuner ohnehin nur menschlichen Ausschuss produzieren“. Darum sind solche AbtreibungsgegnerInnen auch gegen Verhütungsmittel, Aufklärung, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und Kindergärten. Sie treten für ein reaktionäres Familienbild ein, das möglichst viele christliche, weiße Kinder hervorbringt. Das ist der Schlüsselschluss zu Konservativen, für die die traditionelle Familie Grundlage des bürgerlichen Staates ist. Nur so kann gesichert werden, dass Erziehungs- und Pflegearbeit, die durch Kürzungspolitik wieder stärker in die Familie verschoben wird, durch Frauen unbezahlt erledigt wird. Als 2012 Aufklärungsmaterial für Schulen bereitgestellt wurde, in denen nicht nur heterosexuelle Beziehungen geschildert wurden, protestierte eine Gruppe rund um Gudrun Kugler (ÖVP) und behauptete, dass die „natürliche Familie“ diskreditiert werde.

Sedef Yavuz

Im April streikten die DockarbeiterInnen in Lissabon gegen Auslagerungen und Verschlechterungen ihrer Jobs. Nach einem Monat des Kampfes gegen ihre Bosse, die Regierung und die Medien konnten sie die Erfüllung ihrer meisten Forderungen und die Wiedereinstellung aller ausgelagerten KollegInnen erreichen.

Wie konnte eine relativ kleine Belegschaft in Zeiten brutaler Einsparungen diesen Kampf gewinnen? Zusätzlich zum Aufbau landesweiter und internationaler Solidarität hatte die Gewerkschaft eine Strategie, um sich mit den Menschen in den Stadtvierteln zu verbünden.

**Frisch gekämpft
ist halb gewonnen!**

In den letzten Jahren gab es in Portugal Massenkämpfe für Wohnraum, Bildung und die Erwerbslosen. Die DockarbeiterInnen sind bewusst an diese Bewegungen herangetreten und haben Solidarität mit ihnen aufgebaut. Sie organisierten gemeinsam mit Studierenden ein Solidaritätsnetzwerk und mobilisierten ihre Familienmitglieder, um Erfahrungen auszutauschen.

Auch nach Ende des Streiks organisierte die Gewerkschaft weiter in den Nachbarschaften. Sie sagten richtigerweise, dass keine Jobs sicher sind, solange nicht alle prekären Jobs sicher gemacht werden. Daher organisierten sie am 16. Juni gemeinsam mit anderen einen Massenprotest in Lissabon.

Die Gewerkschaften können immer noch Erfolge erzielen. Dafür ist es aber nötig, Einsparungen zurückzuweisen und gemeinsam mit der restlichen ArbeiterInnenklasse für eine völlig andere Gesellschaft zu kämpfen.

Brettos



Diagnose: Zu wenig Ressourcen

Die kapitalistische Spar- und Kostenlogik durchdringt alle Lebensbereiche und durch die Krise wird

Bedürfnisse der PatientInnen kommen oft zu kurz, wie wir in unserer Arbeit täglich erleben. Mit einem

des Neoliberalismus in der sozialen Versorgung gerechtfertigt. Die schwarze Spitalsreform in Oberösterreich soll (2009–20) 2,3 Milliarden Euro einsparen, das sind 778 Betten und fünf Abteilungen!

den kann. Durch das ständige „Reduzieren“ von Personal werden Dienste herumgeschoben. Die Nachbesetzung frei werdender Personalstellen lässt gerne auf sich warten. Stattdessen werden Auszubildende und Zivildienstler als leicht verfügbare, aber unterqualifizierte Arbeitskräfte ausgenutzt.

Die beschriebenen Missstände sind nur einige Beispiele aus einer Liste, die AltenbetreuerInnen, PflegegeschülerInnen, KollegInnen aus der Pflege für diesen Artikel zusammen gestellt haben. Die Situation ist untragbar, da sind wir uns einig. Es wird Zeit, dass wir beginnen, von unten Widerstand zu organisieren!

Drei Pflegekräfte
aus Oberösterreich

*Der Pflegenotstand ist eine politische Entscheidung.
Geld ist genug da, nur nicht im Gesundheitssystem.*

das auch im Gesundheitsbereich immer spürbarer. Der chronische Mangelzustand in der Altenpflege und in den Spitälern macht Pflege immer mehr zu einem „Abarbeiten“ nur des absolut Notwendigsten. Das Personal leidet unter den gesundheitlichen Folgen der Arbeitsbelastung, wie umfangreiche Studien darstellen. Die

Zynismus, der seinesgleichen sucht, wirft die Politik den Beschäftigten vor, nur zu „sudern“ anstatt „es sich besser einzuteilen“. Es wird (bewusst) ein Zustand geschaffen, in der unter den KollegInnen selbst Streit und Druck entsteht. Mit Schlagworten wie „Sachzwänge“ oder „Finanzierbarkeit“ wird der Vormarsch

Die Ergebnisse sind, dass die erhaltenen Fähigkeiten der KlientInnen nicht ausreichend gefördert werden können, weil die Zeit fehlt. So werden Menschen unweigerlich „ins Bett gepflegt“. Wir haben eine Situation, wo sich die Würde von Kranken und Sterbenden mit der Unterbesetzung auf der Station schlägt. KollegInnen bleiben teilweise (illegal) mehrere Stunden länger im Dienst, damit das Arbeitspensum erfüllt wer-



Hitze: Mehr Sorge um den Computer als um die Beschäftigten!

Die Sommerzeit ist da, und die nächste Hitzewelle naht. Trotz jährlicher Rekordtemperaturen gibt es keine gesetzliche Regelung für Hitzeferien. Bei einer vorhandenen Klimaanlage sollte an heißen Tagen die Raumtemperatur zwar nicht über 25°C liegen. Einen gesetzlichen Anspruch auf eine Klimaanlage gibt es aber nicht. Ist keine vorhanden, muss zwar regelmäßig gelüftet, die Fenster beschattet, Ventilatoren und kalte Ge-

tränke bereitgestellt werden. Nur ist das an vielen Tagen auch nur ein Tropfen auf der heißen Stirn. Bei Arbeiten im Freien gibt es zwar eine Regelung ab 35°C im Schatten, ob gearbeitet wird entscheidet aber der/die ArbeitgeberIn. Anstatt sich im Sommer zu erholen, arbeiten sehr viele bis an den Rand der Erschöpfung und darüber hinaus.

Bezeichnend für die Prioritäten im Kapitalismus

ist, dass es Fälle gibt, in denen erst für Abkühlung gesorgt wird, wenn Geräte und Materialien der Hitze nicht mehr standhalten oder Kundenschaft abgeschreckt wird. Die Gewerkschaft müsste eine menschliche und vor allem gesundheitlich vertretbare Regelung erkämpfen. Die kalte Dusche für die Beschäftigten im Herbst bei den miesen Lohnabschlüssen kommt dann auch viel zu spät.

Thomas Hauer

Der „Aufbruch“ nimmt Fahrt auf

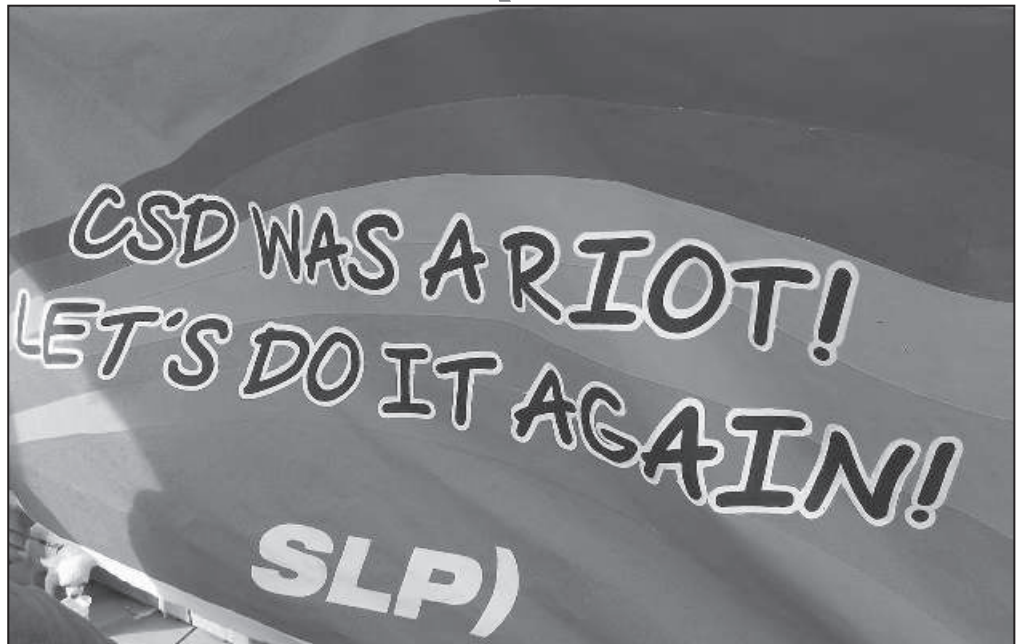
Über 1.000 Leute mit verschiedensten Ideen kamen am 3. und 4.6. in Wien zusammen, weil sie sich in einer Sache einig sind: „So wie bisher kann es nicht weitergehen!“. Dieses Motto der „Aufbruch“ Konferenz setzte den Rahmen für die Diskussion. Wir haben gemeinsam eine Kampagne gestartet, mit der wir ArbeiterInnen, Jugendliche und PensionistInnen für linke Ideen gewinnen wollen. „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ soll den Widerstand gegen Sozialabbau, Wohnungsnot, Niedriglöhne, Gesundheitsnotstand und eben alles, was die Reichen und ihre Parteien versuchen auf uns abzuladen, voranbringen. Längst nicht alle dafür wichtigen Fragen konnten an dem Wochenende beantwortet werden, aber das mussten sie auch nicht: Schon in den Wochen vor der Konferenz gab es in vielen Orten regionale Treffen mit circa 500 TeilnehmerInnen. Auf der Konferenz und danach formierten sich zig Gruppen in ganz Österreich. Ständig kommen neue Leute dazu, was den ungeheuren Wunsch nach einer neuen, linken Kraft deutlich macht. Diese Gruppen müssen eben vor Ort beantworten, was die Konferenz noch nicht beantworten konnte. Die Treffen müssen genutzt werden,

um Fragen wie „wie wir uns demokratisch organisieren wollen“ und „was sind die nächsten Schritte lokal und für den ganzen Aufbruch“ zu diskutieren. Über gewählte Delegierte könnten die Ideen dann auf Bundesebene diskutiert werden. Nicht alle Entscheidungen können in den Gruppen getroffen werden: Dinge wie Medienarbeit oder auch Finanzielles brauchen zentrale Strukturen. Aber die müssen über ihre Entscheidungen regelmäßig Rechenschaft ablegen. So können die Gruppen nachvollziehen, was in ihrem Namen passiert und im Zweifel auch eingreifen.

Die großen Entscheidungen, wie Wahltritt oder ein bundesweites Programm sollten wir alle gemeinsam treffen. Was wir an inhaltlichen Diskussionen auf der letzten Konferenz nicht geschafft haben, kann nicht ein Jahr warten: Die nächste Konferenz sollte es im Herbst geben.

Das ließe sich bestens mit einer gemeinsamen Aktion verbinden: Wir könnten in der Herbstlohnrunde klar machen, dass es mehr Möglichkeiten gibt als „hart verhandeln“. Mit einer Demonstration für höhere Löhne und sichere Jobs könnten wir ein Angebot an wütende ArbeiterInnen machen.

Tilman M. Ruster



SLP stellt sich queer

Jährlich versuchen religiöse Fundis und Rechtsextreme, die Regenbogenparade zu stören. Sie sind gegen Abtreibung, Homosexualität, Verhütung,

meiner Schulzeit immer wieder Material gegen das Recht auf Abtreibung gezeigt wurde und Homophobie alltäglich an Schulen ist.

Bewegung wichtig und dass Gewerkschaften das Thema aufgreifen. Trotz lockerer Stimmung bei der LinzPride führten wir politische Diskussionen. Es

Die SLP ist österreichweit aktiv für LGBTQI- & Frauenrechte und Selbstbestimmung.

tung, Aufklärung und Kindergärten. Die SLP-Wien setzte durch eine Demonstration und drei Kundgebungen ein starkes Zeichen dagegen. Theresa Reimer forderte: „Schwangerschaftsabbruch muss in jedem Spital möglich und genauso wie Verhütungsmittel kostenlos sein!“ Für mich war die Teilnahme wichtig, auch weil während

In Linz machten wir eine Kampagne für einen politischen CSD. Beim Flyern vor einer Schule, sowie bei Kundgebungen thematisierten wir die Situation von Lesben und Schwulen. Viele zeigten sich interessiert, ein Passant erzählte uns von einem homosexuellen Verwandten, der sich aus Angst vor Jobverlust nicht outet. Darum ist eine aktive LGBTQI+

sprachen auch homosexuelle Männer, die aus dem Irak geflüchtet waren über ihre Situation. Auch beim Graz CSD mit 500 TeilnehmerInnen war die SLP beteiligt. Und in Salzburg war die SLP sowohl bei der Mahnwache für die Opfer des Anschlages in Orlando wie auch beim alljährlichen Walk4IDAHOT dabei.

Lucia Pammer



Wien-Fünfhaus stellt sich gegen rechte Hetzer!

Am 11. Juni versuchten die neofaschistischen Identitären eine Demonstration durch den 15. Bezirk zu organisieren. Die Gruppe, die Verbindungen zur FPÖ, aber auch zu Nazi-Gruppen hat, wollte ihren Rassismus verbreiten. Grund genug für die SLP für die Gegendemonstration zu mobilisieren. Nicht nur über Facebook, sondern auch durch unsere Präsenz auf den Straßen von Fünfhaus informierten wir, wie gefährlich und arbeiterIn-

nenfeindlich die Identitären wirklich sind. Bei der Demonstration kamen die Identitären nicht weit, weil sie von einer starken antifaschistischen Demo gestoppt wurden. AnrainerInnen unterstützten uns bei den Blockaden, mit Applaus und sogar Getrommel aus den Fenstern. Gemeinsam mit vielen BewohnerInnen des Bezirks machten wir klar, dass rechte Hetze in diesem von Armut geprägten Bezirk keinen Platz hat.

Simon Salzmann

Termin des Monats



35 Jahre & 250 VORWÄRTS

Seit 35 Jahren gibt es uns in Österreich, 250 reguläre Ausgaben von VORWÄRTS haben wir herausgebracht – mehr als genug Gründe also, um zu feiern.

Mit Lesung vom Krimiautor Andreas Pittler, Kulturprogramm und verschiedenen Musik Acts. Genaues Programm auf www.slp.at

Ab 22. Juli ist es wieder so weit: KapitalistInnen und PolitikerInnen vernetzen sich bei den Salzburger Festspielen. Pünktlich davor werden BettlerInnen und Obdachlose aus der Altstadt vertrieben und ihre wenigen Habseligkeiten entsorgt. Sie sollen nicht auf dem Weg vom Zweit-, Dritt- oder Viertwohnsitz zum Festspielhaus stören. Dieser Wohnsitz gehört vermutlich zu einer der 4.800 meist leer stehenden Wohnungen in Salzburg, die für die hohen Mieten hauptverantwortlich sind. Beschlossen werden die diskriminierenden Gesetze vom Salzburger Gemeinderat. Wenig überraschend, wer dann in der Liste der Ehren-

Rote Seitenblicke

gäste auftaucht: Bürgermeister Schaden (SPÖ) oder Vizebürgermeisterin Hagenauer (SPÖ), die 2015 noch gegen das Bettelverbot war, nun aber ihre Meinung geändert hat. Auch Superreiche und KapitalistInnen wie Aufsichtsratsvorsitzender Wolfgang Porsche, Mehrheitseigentümer Hubert Palfinger oder auch der Generaldirektor des Raiffeisenverbands, Günther Reibersdorfer sind regelmäßige Besucher. Mittels Firmensponsoring versuchen sich Nestle, Rolex und andere als Mäzene. Dabei handelt es sich im Endeffekt um Gratis-Werbung, da Sponsoring von der Steuer abgeschrieben werden kann. Das Geld dafür wird oft bei Beschäftigten eingesparrt, die kaum etwas von den Festspielen zu sehen bekommen. Während bei Bildung oder in den Krankenhäusern gekürzt wird, wurden die Subventionen vom Bund für die Festspiele 2015 um 2,5 Millionen Euro erhöht. Zu feiern haben eigentlich nur die was, die es sich leisten können!

Moritz Bauer



So radikal wie die Wirklichkeit

Wird heute von Brecht gesprochen, so werden zwar seine Errungenschaften für das Theater oder Lyrik anerkannt – seine politische Einstellung wird

doch nie bei. Seine neue, dialektische Form des Theater stellt einen Gegenentwurf zum „klassischen“ bürgerlichen Theater dar: Nicht nur, dass

se zu hinterfragen und aktiv werden.

Damit war Brecht den konservativen Bürgerlichen und dem Stalinismus ein

weigerte, wurde er in den 1950er wurde Brecht zu einem der berühmtesten Künstler in der DDR. Seine frühere Kritik an der KPD wurde leiser als er zum „Staatskünstler“ avancierte. In seiner Antwort auf die Massenstreiks am 17.6.1953 verkannte er die Interessen der Streikenden, machte „faschistische Elemente“ für die Gewalt verantwortlich und pries die Niederschlagung der Proteste. Trotzdem schrieb er in dieser Zeit auch in Gedichten gegen den Stalinismus an. Brechts Werk bleibt uns einerseits als geeignetes Mittel zur Analyse und Kritik des Kapitalismus – und andererseits als Waffe für seinen Sturz.

Jens Knoll

Am 14. August jährt sich Bertold Brechts Tod zum 60. Mal

jedoch fast als persönliche Macke abgetan. Dabei war der politische Widerstand, Aktivismus und künstlerisches Schaffen für Brecht stets untrennbar. Brecht, von Anfang an ein überzeugter Antifaschist, sah in den 1920ern das Scheitern der Weimarer Republik, die Anfänge des NS-Faschismus und ArbeiterInnenbewegungen. Er sympathisierte mit der KPD, trat ihr je-

der die Lebenswelt der unteren Schichten ins Zentrum rückte – das Publikum sollte sich nicht in die Handlung „einfühlen“ und dadurch von Illusionen einlullen lassen. Das Theater sollte eben die gesellschaftlichen Verhältnisse bloßstellen, in denen wir leben. Es gibt keine HeldInnen, mit denen man sich identifizieren kann – man muss selbst beginnen, die Verhältnisse

Dorn im Auge – denn beide wollten keine Selbstaktivität des Proletariats. Mit dem Aufstieg des NS Faschismus floh Brecht 1933 ins Ausland. Erst 1941 erhielt er ein Visum für die USA, wo er jedoch ebenfalls vom Regime als „Enemy Alien“ wegen seiner kommunistischen Ideen überwacht wurde. Nachdem ihm nach dem Krieg Österreich die Staatsbürgerschaft ver-

Frankreichs Großereignis – EM oder Streik?

In Frankreich findet im Juni/Juli die Fußball EM statt und parallel dazu gehen die Streiks gegen die geplante Verschlechterung des Arbeitszeitgesetzes in eine neue Runde. Beides passt gut zusammen, weil Sport in unserer Gesellschaft auch politisch ist. Vor Allem dann, wenn Regierungen viel Geld im Zuge der EM investieren. Am 14. Juni fand in Paris eine riesige Demonstration statt, an der ArbeitnehmerInnen aus allen wichtigen In-

dustriezweigen und viele Jugendliche teilnahmen.

Trotz der Anschuldigungen seitens der Medien und PolitikerInnen, dass die Proteste die EM ruinieren würden, gehen sie weiter und das ist auch gut so. Sie können derzeit auf die Unterstützung von 67% der Bevölkerung zählen. Ganz Europa sieht nach Frankreich und verfolgt nicht nur die EM, sondern auch, was sich auf den Straßen abspielt. Eine Chance für die Ge-

werkschaften, durch eine Ausweitung der Streiks und Betriebsbesetzungen ihr Ziel zu erreichen, die Umsetzung der geplanten Verschlechterungen zu stoppen. Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern sollten sich solidarisieren und im eigenen Land gegen die Flexibilisierung der Arbeitszeit kämpfen. Nur dann haben auch in Zukunft Menschen Zeit und Geld, die EM-Spiele mitzuerfolgen.

Margarita Wolf





Spanien vor 80 Jahren: Lehren für heute ziehen!

Vor 80 Jahren wurde Geschichte geschrieben. Vor 80 Jahren kam es zu einer beispiellosen internationalen Solidaritätsbewegung und in Spanien zu einem heroischen Kampf gegen die von Franco geführten FaschistInnen. Aber es kam auch zum Paradebeispiel der Unzulänglichkeiten der reformistischen Volksfront. Die unglaubliche Dimension und die Lehren, welche wir aus Revolution und Konterrevolution in Spanien ziehen können, finden in den bürgerlichen

gierung konnte der Geschwindigkeit, mit der die Rechten Landstrich um Landstrich unter ihre Kontrolle brachten, nichts entgegenzusetzen. Die Volksfrontregierung, also ein Bündnis zwischen Parteien der ArbeiterInnenklasse und bürgerlichen Kräften, verweigerte die Volksbewaffnung. Doch die ArbeiterInnen und BäuerInnen schritten selbst zur antifaschistischen Tat, einige politische Organisationen bildeten eigene Milizen. Der Widerspruch zwischen der herrschenden

Der Kampf der durch die Internationalen Brigaden unterstützten republikanischen Truppen ist ein Paradebeispiel für internationale Solidarität und viele kämpften auch für den Sturz des Kapitalismus und eine sozialistische Gesellschaftsordnung. So wurden in vielen von den FaschistInnen befreiten Landstrichen Dorfkomitees gebildet, welche demokratisch das Land aufteilten und die Betriebe selbst übernahmen.

Doch die Revolution wurde ausgebremst. Nicht,

in der Sowjetunion ein Vorbild gewesen wäre. Mit aller Kraft wurde die Macht Schritt für Schritt wieder in die Hände der spanischen herrschenden Klasse gelegt – und die Errungenschaften der Revolution begraben.

Der Spanische Bürgerkrieg ist heute aktuell – nicht nur weil wir seinen Jahrestag begehen. In ganz Europa befinden sich rechtsextreme, reaktionäre Kräfte auf dem Vormarsch. In Deutschland erlangte die AfD aus dem Stand in Sachsen-Anhalt 24%, die Erfolge der FPÖ (49,7% für Norbert Hofer in der Stichwahl zum Bundespräsidenten) oder des Front National in Frankreich sind bedrohlich.

Im Dunstnebel dieser Ergebnisse marschieren immer stärkere (neo-)faschistische Gruppen auf. Von Identitären über Pegida (Deutschland) bis hin zur goldenen Morgenröte (Griechenland): die selbsternannten Retter des Abendlandes werden dreister und gewalttätiger. Angriffe auf Flüchtlingsheime oder Linke gehören zur Tagesordnung. Dies bedeutet nicht, dass der Faschismus vor der Tür steht. Aber seine Weg-

bereiterInnen schöpfen Mut.

Doch damals wie heute gilt: um die Rechten erfolgreich zurückzuschlagen, müssen wir für ein besseres Leben für alle kämpfen. Dazu muss die soziale Wurzel der Unterstützung für rechte Kräfte aufgegriffen werden. Dafür braucht es Kritik an und Kampf gegen Lohndumping, Arbeitslosigkeit und unsoziale Kürzungen. Wenn auf diese Kritik und diesen Kampf verzichtet wird, um ein Bündnis möglichst „breit“ zu machen, dann bedeutet das gleichzeitig die de facto Entwaffnung dieses Bündnisses. Dann bleiben nur moralische Appelle – und die können den Vormarsch der Rechten nicht stoppen.

Damit der unbeschreibliche Mut der antifaschistischen KämpferInnen, die beispiellose Solidarität und die Kämpfe der spanischen ArbeiterInnen nicht vergebens waren, müssen wir daraus lernen. Wir brauchen eine antifaschistische Bewegung, welche den Kampf gegen Rechts mit dem Kampf gegen Kapitalismus verknüpft. Denn damals wie heute gilt: ¡No Pasarán!

Moritz C. Erkl

Der Spanische Bürgerkrieg zeigt, wie Revolution und Konterrevolution wirken und welche Strategie die Linke braucht.

Geschichtsbüchern kaum Widerhall. Eine halbe Million Tote und eine der längsten faschistischen Diktaturen werden trotz des „Jubiläums“ kaum mit mehr als einem Schulterzucken quotiert.

Am 17. Juli 1936 putschte die (faschistische) Armee-führung. Die offizielle Re-

Klasse aus KapitalistInnen, Adel und Großgrundbesitz einerseits und den unterdrückten und ausgebeuteten ArbeiterInnen, LandarbeiterInnen und KleinbäuerInnen andererseits, welcher sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts zugespitzt hatte, brach blutig auf.

weil es an der Kraft und der Überzeugung der werktätigen Massen haperte, sondern weil Stalin und seine KomplizInnen keinen echten Sozialismus befürworten konnten. Dies wäre für Sie selbst existenzbedrohend, da ein demokratisches sozialistisches Spanien auch für die Menschen

140.000 KämpferInnen im span. Bürgerkrieg

davon für die Republik:

60.000 internat.
Brigaden u. Miliz

für die Nationalisten:

50.000 Italiener
(Corpo Truppo Volontarie)20.000 Deutsche
(Legion Condor)2.000 Portugiesen (Viratos) und
700 Iren (Irish Brigade)

Grafik: SH © SLP 2016

Revolution & Bürgerkrieg

- **1909:** Streikwelle erschüttert Spanien.
- **1923–30:** Zuerst Militärdiktatur, dann „demokratische“ Herrschaft de Riveras.
- **1931:** Republikanische Parteien erlangen bei Gemeindewahlen (April) und Parlamentswahlen (Juli) eine überwältigende Mehrheit. Ausrufung der Republik.
- **Juli/August:** Streikwelle wird von der republikanischen Regierung niedergeworfen.
- **1932:** Von AnarchistInnen organisierte Aufstände in Katalonien.
- **1933:** Rechte und Monarchisten gewinnen bei den Parlamentswahlen, es beginnen Proteste gegen die Rücknahme von Reformen.
- **1934:** Blutige Niederschlagung der Asturischen Kommune.
- **1935:** Die Komintern beschließt beim 7. Kongress die Volksfrontpolitik.
- **1936:** Nach Neuwahlen Bildung der Volksfrontregierung, die von POUM und AnarchistInnen unterstützt wird. In der Region Estremadura kommt es zur Enteignung von Großgrundbesitz.
- **17–21. Juli:** Das Militär putscht. ArbeiterInnenmilizen können die Faschisten vorerst zurückschlagen. Durch die Weigerung der Volksfrontregierung, ArbeiterInnen zu bewaffnen und mit massiver Unterstützung durch das faschistische Deutschland und Italien, können sie sich festsetzen; Gewerkschaften und politische Betätigung werden verboten.
- **Oktober 1936:** Eintreffen der Internationalen Brigaden. Ende der Unabhängigkeit der Milizen durch Gründung der Volksarmee.
- **Ende Oktober 1936:** Die Führung der AnarchistInnen tritt bedingungslos in die Volksfrontregierung ein.
- **Dezember 1936:** Auf Druck der Sowjetunion, die auf den Schutz des Privateigentums drängt, beschließt die Madrider Regierung die Auflösung der Räte. Es beginnt die Verfolgung der antistalinistischen POUM.
- **April:** Das baskische Guernica wird durch deutsche Luftangriffe stark zerstört.
- **Mai 1937:** Die Aufstände von ArbeiterInnen in Barcelona werden von der katalanischen und der Volksfrontregierung brutal niedergeschlagen.
- **August 1937:** Linke KämpferInnen werden vom Geheimdienst SIM unter Führung des sowjetischen Geheimdienstes eingesperrt, gefoltert und ermordet. Die Revolution wird zurückgedrängt – mit ihr auch der Widerstand gegen Franco.
- **Ende Jänner 1939** fällt Barcelona und am 31. März 1939 ganz Spanien in die Hände der Faschisten.
- **1936–44** werden von ihnen 150.–400.000 Menschen aus politischen Gründen hingerichtet.

Sieg des Faschismus war die Folge der Fehler der Linken

Beim Spanischen Bürgerkrieg ging es um viel mehr als die bloße Bekämpfung des Faschismus. Millionen trugen eine Revolution mit dem Ziel einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft. Revolution und BürgerInnenkrieg entsprangen einer öko-

kämpfen demokratischer Freiheiten und eine Lösung der Landfrage konnte nicht einfach durch eine bürgerliche Revolution erreicht werden, für die ja die tragenden Kräfte fehlten, sondern nur durch deren Übergang in eine sozialistische.

Sozialismus oder (faschistische) Barbarei ...

nomischen, sozialen und politischen Situation, die von starken Widersprüchen geprägt war: Einerseits die spanische Landwirtschaft, die feudal von wenigen GroßgrundbesitzerInnen kontrolliert wurde, während Millionen KleinbäuerInnen und LandarbeiterInnen in bitterer Armut lebten und brutal unterdrückt wurden. Andererseits wenige moderne industrielle Zentren, die großteils in ausländischer Hand waren. Trotzki beschreibt die politischen Folgen dieser kombinierten und ungleichen Entwicklung: Im Unterschied zu den entwickelten kapitalistischen Ländern war die bürgerliche Klasse äußerst schwach und konnte keine führende Kraft im Kampf gegen Adel, Militär und Klerus werden, sondern war im Gegenteil stark mit diesen verbunden. Da die Unternehmer häufig gleichzeitig Großgrundbesitzer waren, hatten sie an der Etablierung einer bürgerlichen Demokratie kein Interesse und waren auch nicht in der Lage dazu. Das Er-

In den industriellen Zentren kam es zur Formierung einer ArbeiterInnenbewegung. Unter der unterdrückten Landbevölkerung gab es immer wieder Aufstände. Die Stärke des Anarchismus in Spanien hat seine Ursache im verspäteten Auftreten der ArbeiterInnenbewegung und den Protesten der LandarbeiterInnen im 19. Jahrhundert. Aber eben wegen der Bedeutung des Anarchismus entwickelte er in Spanien eine syndikalistische Praxis, in der v.a. Gewerkschaften den antikapitalistischen Kampf führen sollten. Eine revolutionäre Partei, die die verschiedenen Proteste vereinigen hätte können, lehnten sie jedoch ab. Wie die meisten Parteien der 2. Internationale entwickelte auch die spanische Sozialdemokratie bald eine reformistische Praxis und sah als zentrales Ziel den Aufbau einer bürgerlichen Republik.

Das Ende des 1. Weltkrieges – von dem Spaniens Wirtschaft profitiert hatte – führte zu einer massiven Wirtschaftskrise. 1917 und 1918 kam es zu einer Streikwelle und Massenzulauf zu

den Gewerkschaften. Die Gründung der kommunistischen Partei PCE folgte 1921. Das Bürgertum setzte auf die Diktatur Primo de Riveras. Unter den sozialen Spannungen brach diese 1931 zusammen. Die neu ausgerufene Republik konnte die Forderungen der ArbeiterInnenklasse und der armen Landbevölkerung nicht lösen. KapitalistInnen, GroßgrundbesitzerInnen, Adel und Kirche aber sahen sich durch die Republik bedroht. Gestützt wurde die Republik v.a. aus den Reihen der bürgerlich-liberalen RepublikanerInnen und der sozialdemokratischen PSOE.

In den folgenden Jahren kam es zu Streiks und Protesten. 1934 brachen Massenproteste gegen die rechte, arbeiterInnenfeindliche Regierung unter Lerroux aus. Diese Bewegung erlangte mit der Besetzung von Fabriken und ganzer Städte in der Asturischen Kommune ihren Höhepunkt, welche aber aufgrund ihrer Isolation brutal niedergeschlagen werden konnte. 1935 und '36 bildete die PSOE mit bürgerlichen Kräften die Volksfront, um die in den Wahlen zuvor verlorene Mehrheit wieder zu erlangen. Auch die nun stalinistische PCE trat später der Volksfront bei. Diese konnte bei den Wahlen 1936 einen Sieg einfahren. Das veranlasste KapitalistInnen und GroßgrundbesitzerInnen, sich endgültig von der parlamentarischen Demokratie abzuwenden. Vielmehr setzten sie nun auf die faschisti-



sche Falange. In den ersten Monaten 1936 verstärkte sich deren Terror gegen die ArbeiterInnenbewegung. Auf Drängen der traditionellen Eliten putschte schließlich das Militär am 17. Juli. Eine Machtübernahme der FaschistInnen wurde durch demokratische ArbeiterInnenmilizen verhindert und der Faschismus vorerst zurückgeschlagen. Doch die Volksfrontregierung verweigerte eine Bewaffnung der ArbeiterInnen. Dies ermöglichte es den FaschistInnen erst, Fuß zu fassen.

... diese Frage stellte sich auch im Spanien der 1930er Jahre.

Mit dem BürgerInnenkrieg erstarkten die revolutionären Umwälzungen massiv. Auf dem Land wurde Großgrundbesitz enteignet und das Land kollektiv bewirtschaftet. Die Macht des Klerus und des Kapitals wurde gebrochen. ArbeiterInnen übernahmen die Betriebe. Vielerorts entstanden lokale Komitees, deren Aufgabe die Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und die Durchführung sozialer, politischer und ökonomischer Umwälzungen waren. So wurde z.B. die kollektive Bewirtschaftung von Land von den Komitees organisiert, die jederzeit über ihre Entscheidungen rechenschaftspflichtig und abwählbar waren. Alle zentralen Entscheidungen wurden nur in Übereinstimmung mit

der Mehrheit der Bevölkerung getroffen.

Von den Volksfrontparteien wurde die Revolution stets bekämpft. Die ursprünglich kleine PCE, welche durch den Einfluss und später die Waffenlieferungen der Sowjetunion an Einfluss gewann, spielte eine zentrale Rolle. Die stalinistische Bürokratie selbst hatte ein Interesse daran, die sozialistische Revolution zu unterdrücken. Zum einen war man bemüht, ein Bündnis mit britischen und französischen Bürgerlichen zu schmieden. Zum anderen

hätte ein echtes sozialistisches System in Spanien auch die Macht der Bürokratie in der Sowjetunion gefährdet. Die Stalinisten forderten einen (in ihrer Erklärung vorläufigen) Verzicht auf eine sozialistische Gesellschaftsveränderung mit der Behauptung, zuerst müsse der Faschismus besiegt werden. Die linke POUM isolierte sich von den Massen, beugte sich später dem Druck der Volksfrontlogik und wurde darin zerrieben und von den StalinistInnen brutal verfolgt. Die anarchistische Führung hatte keinen Plan, wie die Revolution zu Ende geführt werden sollte und schreckte davor zurück, selbst die Macht zu übernehmen. Folglich arrangierte sie sich mit der Volksfrontregierung. Ihr fiel die Aufgabe der Zügelung der revolutionären Basis zu. Die Milizen

und die Komitees wurden zurück gedrängt. Als im April 1937 in Barcelona die ArbeiterInnenmilizen aufgelöst und sogar die Maidemonstrationen verboten wurden, kam es zu Aufständen und Streiks. Diese Bewegung wurde letztendlich Anfang Mai niedergeschlagen. Die anarchistische CNT-Führung stellte sich dabei gegen ihre protestierende Basis. Tausende RevolutionärInnen wurden von Regierung und sowjetischem Geheimdienst gefoltert und ermordet. Die Hoffnung auf Unterstützung durch bürgerliche Staaten zerschlug sich: Während das faschistische Deutschland und Italien ihre spanischen Bündnispartner mit Personal und Waffen versorgte, verweigerten bürgerlich-demokratische Staaten der Republik ihre Unterstützung.

Mit der Niederschlagung der Revolution wurde auch der Wille, gegen den Faschismus zu kämpfen, gebrochen. Auf Basis des Kapitalismus war der Faschismus nicht zu verhindern. Eine revolutionäre sozialistische Partei hätte einen anderen Weg aufgezeigt: Sie hätte den weiteren Aufbau des Rätesystems und die Machtübernahme der Räte vorantreiben können. Ihre zentrale Aufgabe wäre es gewesen, die revolutionären Massen gegen die reformistische Volksfront zu führen und so die sozialistische Revolution zu verteidigen UND den Faschismus zu schlagen.

Lukas Kastner



Marx aktuell

Von Front National und AfD bis FPÖ: Überall in Europa wachsen rechtsextreme Parteien und werden zur Bedrohung für ArbeiterInnenbewegung und Linke. Auf den ersten Blick scheint es logisch, darauf zu reagieren, indem man alle in irgendeiner Form „fortschrittlichen“ Kräfte vereint und, um das zu erreichen, Linke keine sozialistischen Forderungen mehr stellen, um liberale, antifaschistische/antirassistische Bürgerliche nicht zu verschrecken. Dieser Gedanke lag auch den Volksfronten der 30er Jahre zugrunde. Erst in Frankreich und dann am Vorabend des Bürgerkriegs in Spanien fanden die stalinistischen kommunistischen Parteien, Sozialdemokratie und linksliberales Bürgertum sich zur Abwehr des Faschismus zusammen. Um dieses Gemeinsame nicht zu gefährden, sollten die Parteien der ArbeiterInnen als brave,

Spanischer Bürgerkrieg und Volksfront

verfassungstreue DemokratInnen auftreten, die keine für Bürgerliche provokanten sozialen und wirtschaftlichen Forderungen stellen. In diesem Konzept drückt sich die Ratlosigkeit sowohl des Stalinismus als auch der Sozialdemokratie aus. Die stalinistische Bürokratie in Moskau hatte den Gedanken an die internationale Förderung revolutionärer Entwicklungen begraben, um nicht die friedliche Koexistenz mit den imperialistischen Mächten zu gefährden. Und die Sozialdemokratie identifizierte sich so völlig mit dem bürgerlichen Staat, dass sie nicht einmal im Angesicht des drohenden Faschismus bereit war, unabhängiges Handeln der ArbeiterInnen zu dulden, das revolutionäre Züge annehmen konnte. Die Volksfront war das Ergebnis dieser Überlegungen. Der Haken dabei: Indem man den Gedanken an die soziale Revolution begrub, nahm man den ausgebeuteten Massen ihre hauptsächliche Motivation für den Kampf. Das Bürgertum andererseits hatte kaum einen Grund für erbitterten Kampf gegen den Faschismus, denn dieser wollten ihre ökonomische und soziale Machtgrundlage nicht nur nicht antasten, sondern stärken. Die meisten KapitalistInnen konnten sich unter Franco mindestens ebensogut einrichten wie in der Republik – warum also für diese Republik kämpfen? Der Gedanke der Volksfront in stürmischen Zeiten mag zunächst einleuchtend klingen: Klar doch, dass man so viele antifaschistische Kräfte wie möglich sammeln muss. Diese Sammlung der Kräfte entwertet sich aber selbst, indem sie einerseits den ArbeiterInnen und Armen die hauptsächliche Motivation für den Kampf nimmt, andererseits die Bürgerlichen nicht dauerhaft und fest an sich binden kann, weil die ein zu schwaches Interesse am Ausgang des Kampfes haben. Der Versuch, die Reaktion zu besiegen, indem man durch Ersticken der revolutionären Tendenzen die ArbeiterInnen und Armen an die „progressive“ Bourgeoisie kettet, endet zuverlässig in der Entmutigung der echten antifaschistischen Kräfte und im Sieg der Reaktion. Trotzki schrieb dazu 1935 in „Volksfront und Aktionskomitees“ über Frankreich: *„Voraussetzung für den Sieg des Proletariats ist die Beseitigung der heutigen Führung. Die Losung der 'Einheit' wird unter all diesen Umständen nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen. Keine Einheit mit den Agenten des französischen Imperialismus und des Völkerbundes. Ihrer treubruchigen Führung heißt es die revolutionären Aktionskomitees gegenüberstellen.“*

Fabian Lehr



Frauen zwischen Revolution und Konterrevolution

„Die Stellung der Frau ist der anschaulichste und wirkungsvollste Indikator, um die Entwicklung eines sozialistischen Regimes und einer staatlichen Politik einzuschätzen“ schrieb der russische Revolutionär Leo Trotzki 1938. Das trifft auch auf Spanien zu. Bis zur Revolution war es ein extrem rückständiges Land. Kir-

setzt, Frauen hatten zwar die Entscheidungsmacht im Haushalt, aber im gesellschaftspolitischen Leben nichts zu suchen. Durch die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen in Städten und Frauen in ländlichen Gebieten, in denen die katholische Kirche noch mehr Einfluss hatte, war auch das Verhalten und

von Lebensmitteln anbelangte. Mit dieser praktischen Arbeit begannen viele Frauen das erste Mal, aktiv mitzubestimmen. Erst durch die Kontrolle der stalinistischen Bürokratie ab 1937 war die Lebensmittelversorgung nicht mehr gesichert. Kleine Betriebe wurden aus der Kollektivierung zurück an die

Die „Mujeres Libres“ kämpften an der Front, bildeten aber auch Frauen aus und besprachen Themen wie sexuelle Aufklärung, Verhütung und Abtreibung. Weiters kämpften sie gegen die ökonomische Abhängigkeit von Frauen. Ab 1939 wurden viele verfolgt und in Lagern interniert.

Die Dominanz des Stalinismus und damit das Zurückdrängen revolutionärer Erregenschaften stellte auch einen Wendepunkt für Frauen dar. Die Entwaffnung der Kämpferinnen, die Rückkehr zu traditionell-bürgerlichen Rollenbildern hatte nicht nur pragmatische Gründe eines angeblich besseren Ressourceneinsatz. Es handelte sich auch um ein politisches Zugeständnis im Rahmen der Volksfront bzw. spiegelte auch die stalinistisch-reformistische Ideologie wider. Wie auch in der Sowjetunion drückte sich der Niedergang der Revolution durch die Machtübernahme des Stalinismus gerade auch in der Rolle der Frauen aus. Mit dem Scheitern der Volksfronttaktik und dem endgültigen Sieg des Franco-Regimes wurden Frauen dann vollständig wieder zurück in die konservativen Rollenbilder gedrängt und ihnen das Recht auf Mit- und Selbstbestimmung abgesprochen. Ihre Rolle im Kampf für die Revolution und gegen den Faschismus war eine unverzichtbare gewesen.

Theresa Reimer

Der aktive Kampf von Frauen war in der Spanischen Revolution essentiell. Ihre Verdrängung fatal.

che und Staat waren bis zu den revolutionären Ereignissen der 1930er Jahre eng miteinander verflochten. Die Schwäche der ArbeiterInnenbewegung führte auch dazu, dass Frauenrechte, besonders am Land, so gut wie nicht vorhanden waren. In den meisten Dörfern war der tägliche Gottesdienst die einzige Möglichkeit für Frauen, am gesellschaftlichen Leben teil zu haben. „Die Priester haben die Frauen beherrscht“ meinte Clara Thalmann, Marxistin und Kämpferin im Spanischen BürgerInnenkrieg u.a. auf Seiten der POUM.

Der Rollenaufteilung waren klare Rahmen ge-

die Teilnahme von Frauen eine andere. Während am Land reaktionäre Ansichten sich erst langsam nach der Revolution aufweichten, lief diese Entwicklung in den Städten schneller ab. Frauen diskutierten über politische Themen, bewegten sich zum ersten Mal frei und alleine in der Öffentlichkeit und beteiligten sich auch direkt an den Kämpfen. Von Anfang wollten Frauen Teil der Milizen sein, 2-3% aller KämpferInnen an der Front waren Frauen (milicianas). Auch in den Räten spielten Frauen eine wichtige Rolle, besonders was die Verwaltung und Aufteilung

Eigentümer abgegeben, was zu höheren Preisen, schlechter Aufteilung und der Entstehung von Schwarzmärkten führte.

Im Verlauf der Revolution bildeten sich auch Frauenorganisationen heraus. Am wichtigsten war hierbei wohl die anarchofeministische Organisation „Mujeres Libres“ (Freie Frauen), die sich als Teil der anarchosyndikalistischen CNT verstand und bis zu 38.000 Mitglieder zählte. Diese hatten eine doppelte Aufgabe im Sinn, die Errichtung einer neuen Gesellschaft und gegen sexistische Traditionen (auch in den eigenen Reihen) aufzustehen.

An der Front wurden die Milizen auch von Prostituierten unterstützt, die ebenfalls gegen die Faschisten kämpften, nachdem Revolutionäre und Frauen gemeinsam Zuhälter umgebracht oder vertrieben hatten. Aufgrund der stalinistischen Volksfronttaktik wurde erst den ehemaligen Prostituierten „empfohlen“, sich von der Front zurückzuziehen. Sie würden für Unruhe innerhalb der Milizen sorgen und sollten sich deshalb „im Hinterland für die Revolution einsetzen“. Dies stellte einen der ersten Schritte der Aushöhlung von Frauenrechten dar. Es folgte ein Dekret, wonach keine Frauen mehr an der Front kämpfen sollten, später sollten die revolutionären Milizen durch die Volksarmee verdrängt werden.

Schulstress: Jung und schon kaputt!

An einem Montag Ende Mai an einem normalen Gymnasium in Bruck an der Mur: ein 12-jähriger Bursche nimmt sich das Leben indem er sich aus dem Fenster stürzt. Er war nur 12 Jahre alt und schon von Versagensängsten und Leistungsdruck zerstört. Die Geschichte ist aber weit mehr, als ein tragischer Einzelfall in einem sonst gesunden und menschenfreundlichen System. In der Tat deutet sie auf das breitere Problem eines Schulsystems hin in dem ein bedeutender Anteil der SchülerInnen schon ab einem jungen Alter unter großem Stress leidet. So fühlten sich laut dem „Österreichischen Kinder- und Jugendgesundheitsbericht“ (2015) 75% der 11-15 Jährigen an den österreichischen Schulen belastet, wobei 19% sich „sehr stark belastet“ fühlen. 5% aller SchülerInnen sind wegen Stress Burnout-gefährdet. Ein weiteres Drittel aller 11-17 jährigen SchülerInnen sagen, sie haben mehrmals pro Woche oder gar pro Tag mit Stress-Symptomen zu kämpfen.

Die Zahlen sprechen für sich selbst. Es ist aber dennoch nötig, sie in einem gesellschaftlichen

Zusammenhang zu sehen. Als Folge der Krise verschärft sich die soziale Unsicherheit und das betrifft auch SchülerInnen. Die Reihen der Arbeitslosen werden länger und die Jobs rarer. Dadurch wird die Konkurrenz um die noch zur Verfügung stehenden Jobs größer.

Das spiegelt sich auch im Schulsystem wider. Bildung wird nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit beurteilt – sie wird durch ihre „Kompetenz-Orientierung“ zu einer Ausbildung für den Arbeitsmarkt statt eines Mittels zur Förderung der Fähigkeiten der einzelnen SchülerInnen. Leistungsdruck und Ellenbogeneinsatz sollen Kinder und Jugendliche schon früh an die unmenschlichen Härten des kapitalistischen Systems anpassen. Gerade in der Krise werden angepasste Arbeitskräfte, die man gut ausbeuten kann, gebildeten und kritisch denkenden Menschen gegenüber bevorzugt. Kein Wunder, dass auch das Bildungswesen diesem „Sachzwang“ des Systems nach wie vor unterworfen ist.

Marcus Volodarsky



Matura: Zensur bei der VWA

Schwangerschaftsabbruch und Fristenlösung werden in Österreich noch immer

schaftsabbrüchen in Österreich, entschieden. Zunächst hat es ausgesehen als

Schüler darf Arbeit über Schwangerschaftsabbruch und Fristenlösung nicht schreiben!

mit Handschuhen angefasst. Das zeigt sich v.a. im Umgang mit diesem Thema an Schulen. An meinem Gymnasium in Salzburg sollte ich in der 7. Klasse wie alle angehenden MaturantInnen ein Thema für meine Vorwissenschaftliche Arbeit (VWA) aussuchen. Schnell habe ich mich für die Fristenlösung, also die Regelung von Schwanger-

wäre meine Geschichtslehrerin offen für dieses Thema. Ich hätte lediglich den Titel „Die Geschichte der Einführung der Fristenlösung in Österreich“ genauer ausführen sollen, damit ich bei der Präsentation keine Probleme bekomme. Doch dann führte sie ein Gespräch mit einem römisch-katholisch Religionslehrer an der Schule, ob

das Thema so in Ordnung gehe. Danach ist sie nochmals an mich herangetreten, um mir zu erklären, dass sie die VWA mit dem vorliegenden Erwartungshorizont nicht betreuen will. Der Grund dafür sei die Sorge, die VWA könnte alleine wegen der Themenwahl bei der Präsentation negativ bewertet werden. Zum einen ist das ein klarer Fall von Zensur. Zum anderen zeigt das Verhalten der Lehrerin, wie stark konservative und frauenfeindliche Ansichten gerade in ÖVP-dominierten Schulen, wie jene in die ich gegangen bin, vorherrschen und den SchülerInnen aufgezwungen werden.

Stefan Reifberger



Die Hauptstadt der Arbeitslosen

Viele kennen es: ein AMS-Termin nach dem anderen und dutzende Bewerbungen ohne Erfolg. Der Brennpunkt der Arbeitslosigkeit in Österreich ist Wien, mit einer Arbeitslosenrate von 14%, unter männlichen Jugendlichen sind es sogar 31%! Bei der Wahl der Berufsgruppe wird seitens des AMS wenig Rücksicht genommen. Da wird man schnell wo eingetragen, egal was man eigentlich tun will. Durch den Druck, Arbeit

finden zu müssen, landet man schnell in schlechten Arbeitsverhältnissen. Statt guter Ausbildung oder sicherem Job heißt es oft Kurs, Gastro oder Leiharbeit. Wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich. Allein die Stadt Wien könnte so tausende Jobs schaffen. Und wir brauchen tausende neue Lehrstellen mit guter Bezahlung und ordentlicher Ausbildung!

Stefan Gredler

Widerling des Monats Georg Pfeiffer - Multimillionär



Kurz vor Weihnachten schickte der 700 Millionen schwere Georg Pfeiffer Zielpunkt in die Pleite und 2700 Beschäftigte verloren ihren Job. Jetzt startet er eine neue Supermarktkette, völlig schuldenfrei und mit schlechteren Arbeitsverträgen. Pfeiffer wird noch reicher, die 2700 KollegInnen schauen durch die Finger.



Neoliberale Offensive in Brasilien

Die brasilianische Staatschefin Dilma Rousseff von der PT ("Arbeiterpartei") wurde am 12. Mai vom Bundessenat aufgrund Korruptionsverdachts für 180 Tage abgesetzt. Es war unklar, was danach kommt. An ihrer Stelle hat der ehemalige Vizepräsident Michel Temer von der PMDB ("Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung") das Amt übernommen. Der

tiert, aber Politik für die herrschende Klasse umgesetzt.

Bis Ende 2015 hatte die herrschende Klasse von Dilma Angriffe gegen die ArbeiterInnenklasse erwartet. Diese hatte sie zum Teil auch umgesetzt, obwohl sie bei den Wahlen 2014 das Gegenteil versprochen hatte. So machten die wirtschaftliche Krise und Dilmas neoliberale Politik sie zu einer der unpo-

Die allgemeine Unzufriedenheit erlaubte der Rechten große Teile der Mittelklasse in riesigen Demonstrationen gegen die Regierung zu mobilisieren. Dilmas Regierung hatte aufgrund ihrer Unpopularität nicht mehr die Stärke um weitere Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse umzusetzen. Daher setzte ein zentraler Teil des Großkapitals seit Beginn 2016 auf Amtsenthebung. Bis zum letzten Moment

cken auf die ArbeiterInnenklasse öffnen.

Die ersten Tage der Temer-Regierung waren von einer Lawine an Ankündigungen begleitet. In kürzester Zeit sind massive Kürzungen geplant worden: die Abschaffung der verpflichtenden Finanzierung von Gesundheit und Bildung, die Erlaubnis massive Kürzungen umsetzen zu dürfen, sowie ein Deckel für Staatsausgaben, um den öffentlichen Sektor einzudämmen. Aber die Regierung war vom ersten Tag an mit Protesten konfrontiert. Das führte zu einem teilweisen Rückzug von Temer. Er versuchte, die Ankündigungen seiner MinisterInnen abzuschwächen. So führte die Entscheidung, das Kulturministerium abzuschaffen, zu Besetzungen von öffentlichen Gebäuden im ganzen Land und Temer musste diesen Plan zurückziehen. Die Regierung kündigte auch die Streichung des geplanten Baus von 10.000 Sozialbauten an, musste diese Entscheidung aber nach Protesten der Bewegung obdachloser ArbeiterInnen (MTST) zurücknehmen. Und zwei Minister mussten nach der Veröffentlichung von Aufnahmen, die belegen, dass es Pläne gab "Operation Autowäsche" zu streichen, gehen. "Operation Autowäsche" untersuch-

te nämlich auch führende Mitglieder der PMDB...

PSOL, die linke Organisation „Partei des Sozialismus und der Freiheit“, konnte seine Autorität während des Amtsenthebungsprozesses stark ausbauen. Sie hat ihre linke Opposition gegen die Dilma-Regierung bekräftigt, aber im Senat und der Abgeordnetenkammer gegen Dilmas Amtsenthebung gestimmt. PSOL wird wahrscheinlich in den Lokalwahlen im Oktober stark dazu gewinnen. Allerdings gibt es die Gefahr, dass Teile der PSOL dann Bündnisse mit der PT eingehen könnten – was die Fehler der PT-Politik fortsetzen würde. Unsere Schwesterorganisation in Brasilien – LSR („Freiheit, Sozialismus, Revolution“) – ist Teil von PSOL und betont die Notwendigkeit eines Generalstreiks, um die Angriffe der Temer-Regierung zu stoppen. Gefordert werden ebenso Neuwahlen für das Präsidentenamt und um den gesamten korrupten Kongress zu ersetzen. LSR steht für den Aufbau einer linken sozialistischen Alternative zur PT. Wenn das nicht passiert, kann es sein, dass das politische Vakuum von anderen politischen Kräften gefüllt wird, die Temer nichts entgegenzusetzen haben.

Marcus Kollbrunner

Liberdade Socialismo
e Revolucao
www.lsr-cit.org

Nach dem Sturz Dilma Rousseffs ist die neue Regierung mit starken Protesten konfrontiert.

unmittelbare Grund der Amtsenthebung waren undemokratische Manöver der traditionellen Rechten und des Großkapitals. Doch Dilmas Fall ist auch das Ergebnis der Politik der PT in den letzten 13 Jahren. Die PT, die Anfang der 80er als Partei der ArbeiterInnen entstanden war, wird ihrem Namen schon lange nicht mehr gerecht. Sie setzte auf weitgehende Zusammenarbeit mit KapitalistInnen und die Umsetzung ihrer Wünsche. Sie ist wie die europäische Sozialdemokratie verbürgerlicht. Die PMDB ist von jeher eine bürgerliche Partei, die sich, scheinbar ideologiefrei, als Partei der politischen Mitte präsen-

pulärsten PräsidentInnen der Geschichte. Die Wirtschaft war 2015 um 3,8% geschrumpft. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 11 Millionen angewachsen. Die Inflation liegt im zweistelligen Bereich. Bereits im Vorfeld der WM 2014 hatte es Massenproteste und Streiks für Preissenkungen und Lohnerhöhungen im öffentlichen Verkehr gegeben. Das ist der Hintergrund, vor dem die „Operation Autowäsche“ die öffentliche Meinung explodieren lies. Bei „Operation Autowäsche“ ermittelte die Bundespolizei gegen führende PT-Regierungsmitglieder wegen Korruption rund um den staatlichen Ölgiganten Petrobras – und wurde fündig.

versuchte Dilma das Großkapital zu überzeugen, dass sie liefern könnte. Einige der letzten Maßnahmen der Regierung Dilma beinhalteten die Öffnung der Ölförderung für ausländische Unternehmen, brutale Kürzungen, Privatisierungen und ein neues "Anti-Terror"-Gesetz, das den Weg für die Kriminalisierung sozialer Bewegungen öffnet.

Trotz der Wut auf Dilmas neoliberale Politik fanden große Demonstrationen gegen die Amtsenthebung statt. Denn viele sehen die Amtsenthebung als Angriff auf die Demokratie und manche sogar als Staatsstreich. Tatsächlich kann die Amtsenthebung die Tür für noch härtere anti-demokratische Atta-

Brexit: Die EU ist angezählt

Trotz monatelanger pro-EU-Kampagne britischer und europäischer Medien und etablierter Parteien stimmten 52% für den Brexit. Ein harter Schlag für das Europa der Banken und Konzerne – und eine Kampfansage an die Kürzungspolitik der konservativen Tories und der EU.

Der Austritt hätte ein Erfolg der Linken sein können. Mit Corbyn hat die Labour-Partei einen linken Vorsitzenden. Der Parteiapparat wird aber von Neoliberalen dominiert, die für Kürzungspolitik, Privatisierungen und Kriege stehen. Corbyn ist deren Druck gewichen. Er hat sich in eine Reihe mit (inzwischen Ex-)Premierminister Cameron und dessen Regierung gestellt. Deshalb konnten rechte Kräfte wie UKIP die Austritts-Kampagne dominieren.

Gewerkschaften der EisenbahnerInnen, des öffentlichen Dienstes und sozialistische Kräfte wie die „Trade Union & Socialists Coalition“, in denen auch die Mitglieder der „Socialist Party“ (CWI in England) aktiv sind, konnten das nicht verhindern. Trotzdem war es richtig, für einen Austritt zu kampagnisieren.

Die EU ist undemokratisch, militaristisch, steht für arbeiterInnenfeindliche Politik. Spardiktate in Griechenland, Spanien, Portu-

gal,... haben gezeigt: Sie ist ein Instrument der herrschenden Klassen Europas gegen die ArbeiterInnenklasse. Durch den Brexit ist sie nachhaltig geschwächt und beschädigt. Das kann es linken Bewegungen in Zukunft leichter machen, gegen das EU-Spardiktat zu kämpfen. Das Abstimmungsergebnis zeigt, dass das vielen ArbeiterInnen und sozial Schwachen klar ist. Gerade bei ihnen gibt es eine große Mehrheit für den Austritt.

Cameron musste zurücktreten, die Nationalen Fragen zu Schottland und Nordirland sind wieder aufgebrochen, die Parteienlandschaft ist im Umbruch. Das britische Establishment ist erschüttert, die Regierung wankt. Eine entschlossene Kampagne von Gewerkschaften, linken Gruppen und der Labour-Linken rund um Corbyn ist nötig: für Neuwahlen, ein klares Anti-Kürzungs-Programm und den Kampf gegen Tories, UKIP, die Labour-Bürokratie. Ein Internationalismus „von unten“ – gemeinsamer Kampf von ArbeiterInnen, Jugendlichen und sozial Schwachen – kann eine Welle von Klassenkämpfen in ganz Europa auslösen und so auch verhindern, dass rechte Kräfte europaweit den Brexit besetzen.

Flo Klabacher



Ne da(vi)mo Beograd!

Gentrifizierung auf Serbisch: Die in Saudi Arabien sitzenden Betreiber des Mega-Bauprojektes versprechen, dass die Stadt dadurch auf die

bensstandard der Bevölkerung. Eine Aktivistin berichtet: „Das Vertreiben der ärmsten Schicht Belgrads hat bereits angefangen die lokale Be-

Es gibt große Proteste gegen das Projekt. Doch Demonstrationen alleine werden nicht reichen. Wie auch bei anderen Angriffen setzt die Regierung auf Einschüchterung. Viele ArbeiterInnen haben Angst, gekündigt zu werden, sobald sie Betriebsräte gründen. Die existierenden Gewerkschaften haben sich bisher nicht an den Protesten beteiligt. Doch es ist eben deren Aufgabe, gegen dieses Bauprojekt zu kämpfen, weil durch die enormen entstehenden Schulden weitere Kürzungen auf das Proletariat zukommen. Bauprojekte? Ja, aber für günstige, gute Wohnungen für alle, gebaut durch ordentlich bezahlte BauarbeiterInnen!

Alec Jakolic

Initiative kämpft gegen das Bauprojekt "Beograd na vodi" in Belgrad/Serbien.

Liste der global wichtigsten Städte gesetzt wird, und die größte Tourismusmetropole Europas wird. Während 60% des Bauprojektes Wohnraum werden soll, wird nicht erwähnt, dass es nur von PolitikerInnen und anderweitig Privilegierten bewohnt werden wird, bereits jetzt gab es Angriffe auf den Le-

völkerung wird terrorisiert. Neben Kürzungspolitik wurde angekündigt, Zwangsräumungen großräumig durchzuführen. In den Stadtteilen Bari Venecija und Savamali, wo ArbeiterInnen in Eisenbahnwagons und verfallenden Arbeiterbaracken leben, gab es bereits Einschüchterungen.“

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Sieg bei Busreinigung in Athen

Seit Monaten bekamen die BussreinigerInnen der städtischen Busse in Athen ihre Löhne nicht ausbezahlt. Doch diese antworteten mit mehreren Streik- und Protestaktionen. Anfang Juni mussten Unternehmen bzw. Subunternehmen zustimmen, den Großteil der fehlenden Löhne in voller Höhe ausbezahlen und den Lohn auf die gesetzliche Mindesthöhe anzuheben. Zuvor hatten die Unternehmen versucht, den Streik vor Ge-

richt verbieten zu lassen. Zur Durchsetzung eines der grundlegendsten Rechte am Arbeitsplatz – für die Arbeit bezahlt zu werden – war ein harter und langer Kampf notwendig. Dabei half auch die Solidarität lokaler und internationaler AktivistInnen. Mitglieder von Xekinima (CWI Griechenland) waren aktiv an dem Streik beteiligt und vertraten die KollegInnen auch als GewerkschafterInnen vor Gericht.

www.xekinima.org

Bundesvorstand der Linken

Der Magdeburger Parteitag der Partei Die Linke sendete nach mehreren Wahlniederlagen endlich Signale nach links. Von einer „Revolution für soziale Gerechtigkeit“ war die Rede, ebenso sollten die soziale Frage und Antirassismus in den Mittelpunkt gestellt werden. Dennoch wurden bedeutende Anträge, wie jener zu einem Abschiebestopp in Thüringen, wo die Linke in der Regierung sitzt, nicht durchgebracht. Die

Rechtsverschiebung der vergangenen Jahre wurde jedoch gebremst. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass Lucy Redler, Mitglied der SAV (Sozialistische Alternative, CWI Deutschland), in den Bundesvorstand der Partei gewählt wurde. Dort werden sie und andere GenossInnen dafür kämpfen, dass die linken Signale des Parteitags auch in der praktischen Politik umgesetzt werden.

www.sozialismus.info

USA: Sanders

Die Kampagne des „demokratischen Sozialisten“ Sanders politisierte zehntausende ArbeiterInnen und Jugendliche. Doch wie immer klarer wird, ist die „politische Revolution“ in der Demokratischen Partei nicht möglich. Eine Petition der Socialist Alternative (CWI USA), die Sanders zu einem unabhängigen Antritt auffordert, hat inzwischen 115.000 Unterschriften erreicht.

www.socialistalternative.org



Aufbruch: Jetzt geht's los!

Aufbruch hat sich zum Ziel gesetzt, eine Organisierungskampagne mit dem Titel „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ zu führen. Der Startschuss war die Aktionskonferenz Anfang Juni mit über 1.000 TeilnehmerInnen. Seither gründen sich in allen Bundesländern lokale Gruppen: ein wichtiger Schritt – denn Aufbruch will kein Medienphänomen sein. „Orga-

rierende und lähmende Stimmungen und es besteht die Gefahr, im eigenen Saft zu braten. Andererseits bringt es wenig, sich einfach ohne Plan auf die Straße zu stellen und neue Leute in eine Gruppe zu holen, ohne zu wissen, wie man dann mit ihnen arbeiten will. Die Gruppe Wien Leopoldstadt etwa beschäftigt sich intensiv mit ihren internen Strukturen, da sie so groß

tion gegen die Identitären. Zuerst diskutierten sie beim Treffen, ob und wie der Kampf gegen die elitären Rechtsextremen mit der Aufbruch-Kampagne verbunden werden kann. Dann wurde ein Flugblatt erstellt, ein Transparent gemalt und gemeinsam auf die Demo gegangen. In Salzburg ist anlässlich der Festspiele eine Demonstration gegen die Wohnungsnot geplant.

der Ausarbeitung von Forderungen und der Erstellung eines Programms sogar sehr wichtig sein. Es wird sich zeigen, dass vermeintlich „radikale“ Forderungen wie die Enteignung von SpekulantInnen und Superreichen viel Unterstützung finden und als echte Lösungen wahrgenommen werden, wenn sie auf die lokalen Probleme heruntergebrochen werden.

reits jetzt zum Angriff. Sie wollen den 12-Studenten- und weitere Arbeitszeitflexibilisierung. Konflikte mit der Gewerkschaft sind vorprogrammiert, doch die Erfahrung zeigt, dass wir uns auf die Gewerkschaftsführung und ihren Apparat nicht verlassen können. Aufbruch kann die Kraft sein, die den KollegInnen in den verschiedenen Branchen die Hand reicht, um ge-

Jetzt geht es darum, die Kampagne ins Rollen zu bringen – einige Vorschläge, wie das gelingen kann.

nisierungskampagne“ bedeutet, eigene Strukturen aufzubauen, die handlungsfähig sind und in soziale Kämpfe eingreifen bzw. solche (mit)initiieren zu können.

Jetzt ist es wichtig, dass die lokalen Gruppen die Kampagne mit Leben füllen. Aber wie? Sollen wir uns zuerst als Gruppe finden oder gleich auf die Straße? Es gibt berechtigte Wünsche, eine gute Gruppendynamik herstellen zu wollen und ebenso gute Argumente für Straßenaktionen von Anfang an. Tatsächlich widerspricht sich das nicht, sondern ergänzt sich: Wir werden in den lokalen Gruppen nicht so lange unter uns diskutieren können, bis Klima und Dynamik passen – genau ein solches Isolieren befördert eher frust-

ist, dass sie sich in Grätzgruppen teilen muss. Das hindert sie jedoch nicht daran, vor den Treffen Flyeraktionen zu organisieren. Diese greifen keinen inhaltlichen Debatten vor und sind eine niedrigschwellige Möglichkeit für neue AufbrucherInnen, aktivistisches Handwerkszeug zu lernen und mit Leuten ins Gespräch zu kommen. Andere Gruppen organisieren auch schon etwas ausgefeiltere Aktionen – etwa die Gruppe Wien Brigittenau, die mit Schautafeln auf Armut und Reichtum im Bezirk hinweist. Sogar inhaltliche Interventionen in Demos sind schon in der Aufbauphase der Gruppen möglich: die Gruppe Wien Rudolfsheim-Fünfhaus mobilisierte auf die Demonstra-

So kann die Kampagne auf lokale Ebene heruntergebrochen werden. Es geht nicht darum, sich in Grätzpolitik zu verlieren und nur noch über Zebrastrifen oder abgeschrägte Gehsteige zu reden – sondern konkret und lokal zu zeigen, warum wir uns die Reichen nicht mehr leisten können, wenn wir gute Arbeit, gutes Wohnen und ein sicheres soziales Netz für alle haben wollen. Dafür braucht es zu Beginn kein fix und fertig ausformuliertes Programm – die Grundthemen, die Aufbruch auf der Konferenz beschlossen hat, reichen für erste, einfache Aktionen. Die Erfahrungen, die wir durch Diskussionen mit Menschen auf der Straße, in Betrieben und Ausbildungseinrichtungen machen, werden bei

Außerdem schaffen regelmäßige Aktionen, und seien es nur kleine Flyeraktionen, die Basis dafür, dass neue Leute angesprochen werden können und die Organisierungskampagne ihrem Namen gerecht wird. Es gibt die Idee, im Sommer einen bundesweiten Aktionstag zum Thema „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ zu organisieren. Das wäre ein wichtiger Schritt, um die inhaltliche Ausrichtung der Kampagne, die manchmal droht, zu verschwimmen, wieder zu stärken und den lokalen Gruppen ein konkretes Ziel, auf das hingearbeitet werden kann, zu geben.

Im Herbst stehen schließlich große Lohnverhandlungen an. Die Unternehmen blasen be-

meinsam und kompromisslos gegen die Angriffe von oben und für kräftige Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung zu kämpfen – sowohl auf bundesweiter als auch auf lokaler Ebene. Es können Flyeraktionen vor betroffenen Betrieben organisiert werden, aber auch Demonstrationen mit wütenden KollegInnen und kämpferischen GewerkschafterInnen, von denen ja einige bereits bei Aufbruch dabei sind. In dieser Zeit wäre die Organisation einer Großdemonstration ein nächster wichtiger Schritt, auf den die lokalen Gruppen hinarbeiten können und der einen Schub neuer AktivistInnen und Gruppen bringen kann.

Sebastian Kugler

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Der Kampf der Kärntner PartisanInnen ist historisch und politisch etwas Besonderes. Leider sind schon fast alle ehemaligen KämpferInnen verstorben. Umso wichtiger ist das wieder aufgelegte Buch. Es ist eng mit dem

sammelt und in die Berge gebracht wurden. Sie dienten später den ersten PartisanInnen. Der Autor selbst wurde 1935 inhaftiert, flüchtete 1939 nach Slowenien und kehrte später als Partisan zurück. Bereits 1947 kam er

tärischen Widerstandes und schildert an praktischen Beispielen die Herausforderungen: So etwa, wenn NichtschwimmerInnen, von der Polizei unbemerkt, die Drau überqueren müssen. Im Politischen: das Bemühen um die Integration der deutschsprachigen KärntnerInnen in die slowenischen PartisanInnenverbände, die Zusammenarbeit mit IndustriearbeiterInnen und die Arbeit in Villach und Klagenfurt. Fazit: Auch unter den härtesten Bedingungen ist Widerstand möglich und kann erfolgreich sein. Auch darum ist das Buch lesenswert.

„Gämsen auf der Lawine“ beschreibt den Kärntner PartisanInnenkampf hautnah.

Leben des Autors verbunden. 1910 in Lepen/Lepena (bei Eisenkappel) in Südkärnten geboren, schloss sich Karel Prusnik-Gasper 1934 der kommunistischen ArbeiterInnenbewegung an. Eindrucksvoll schildert er wie 1934 die von geflohenen Schutzbündlern liegengelassenen Gewehre heimlich einge-

wieder ins Gefängnis Die englische Armee verfolgte die FreiheitskämpferInnen, während viele ehemalige Nazis geschont wurden. Ein Jahr saß Karel Prusnik-Gasper mit Schwerverbrechern in der Zelle und nutzte die Zeit um sein Buch zu schreiben. Es beschreibt die großen Schwierigkeiten und Gefahren des mili-

Gämsen auf der Lawine
von Karel Prusnik-Gasper
Wieder erschienen im
Wieser Verlag
ISBN: 978-3-99029-039-2

Wie ich Mitglied der SLP wurde

Mein Vater war Eisenbahner, ich habe vier Brüder und Politik war in unserer Familie immer ein Thema. In meiner Jugend engagierte ich mich bei der Sozialistischen Jugend (SJ). Ich war aber bald enttäuscht, da meine Vorstellungen von Sozialismus abgelehnt wurden. In den 80er Jahren habe ich an vielen Friedens- und Abrüstungs-Demonstrationen teilgenommen. Vor allem

bei Demos gegen rechte Hetze war ich sehr aktiv. Seit meine Partnerin mich bei einer Kundgebung der SLP eingetragen hat, und ich daraufhin zu einem Ortsgruppentreffen gegangen bin, fand ich endlich meine politische Heimat. Kampf für Sozialismus, Gleichberechtigung, Einsetzen für Minderheiten und Flüchtlinge, sowie der Kampf gegen Kapitalismus und Ausbeutung ha-

ben mich überzeugt. Gemeinsam arbeiten wir an dem Aufbau einer kämpferischen, linken Kraft, die die Menschen ernst nimmt. Seit einem Jahr bin ich nun aktives Mitglied der SLP. Es lohnt sich, für Sozialismus und eine bessere Welt zu kämpfen. Komm vorbei, jeder Einzelne wird gebraucht.

Luis Ertl, 54,
Tischler,
als Leiharbeiter tätig

250 Ausgaben von Vorwärts – und kein bisschen müde mit dem Jubiläumsabo



1983 erschien die erste Ausgabe von Vorwärts. Seither sind wir in jeder politischen Wetterlage und trotz Gegenwind erschienen. Vorwärts ist heute die am längsten durchgehend erscheinende sozialistische Zeitung im Lande. Wir berichten über Widerstand und Ungerechtigkeit in Österreich und international. Bei uns schreiben SozialistInnen von allen fünf Kontinenten. Wir sind 100% finanziell un-

abhängig von Unternehmen und KapitalistInnen – darum können wir schreiben, was nötig ist. Hilf mit einem Abo, dass es Vorwärts noch lange und noch besser gibt! Jetzt unser „Jubiläums-Angebot“: 25 Ausgaben Vorwärts (2,5 Jahre) für 50,- €. Einfach einzahlen und Namen/Adresse angeben:
IBAN: AT2560000000008812733
BIC: OPSKATWW

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 17⁰⁰ Uhr
im **‘Habert Café’**
Salzkammergut Einkaufspark

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im **‘Restaurant Rondo’**
Marienplatz 1

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im **‘Alte Welt’**, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im **‘Shakespeare’**
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung **‘Libreria Utopia’**
15., Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Wien 20
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im **SLP-Büro**
20., Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP-Veranstaltungen
28.7. & 18.8. – 19⁰⁰ Uhr
in der **‘Pizzeria Delfino’**
20., Engerthstraße 92
(Nähe U6 Handelskai)

Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at



Andere über uns



In Deutschland gründete sich das linke Zeitungsprojekt „Faktencheck Europa“, das helfen will, international Widerstand gegen die EU der Banken und Konzerne aufzubauen. In der ersten Ausgabe gibt es zahlreiche Analysen und Berichte – und auch AktivistInnen aus verschiedenen Ländern kommen zu Wort. Darunter Sebastian Kugler, Aktivist der SLP, der über die Entwicklungen um „Aufbruch“ berichtet.

Gibt es nicht aus Profitstreben; gibt es aus Überzeugung.



> Berichte
> Analysen
> Hintergründe
aus sozialistischer Sicht.



VORWÄRTS jetzt abonnieren!

Normal-Abo: € 24,-
Sozial-Abo: € 14,-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7,-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 2560000000008812733
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)



Wie sich die SLP österreichweit queer-stellt

Mehr auf Seite 5

Neuwahlen lösen keine Probleme!

Hofer ist gefährlich. Doch auch Van der Bellen wird Arbeitslosigkeit, Armut und Wohnungsnot nicht lösen!



Die 2. Runde der Bundespräsidentenwahl wird wiederholt. Die Auswahl ist wenig berauschend: ein rechtsextrem-neoliberaler, antifrauenrechtlicher FPÖler gegen einen neoliberal-EU-Kürzungen-befürwortenden, abgehobenen Grünen. Hofer ist akut ge-

fährlicher und sollte möglichst verhindert werden: Er steht für unmittelbaren Demokratieabbau und Angriffe auf die Rechte von Frauen und Gewerkschaften. Aber Van der Bellen ist auch keine Antwort auf die sozialen Probleme. Die Gefahr besteht, dass der Wahlkampf be-

nützt wird, um brennende Fragen wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Armut zu überdecken. Bei der Herbstlohnrunde brauchen wir eine kämpferische Gewerkschaftspolitik, um Arbeitszeitverkürzung und höhere Mindestlöhne zu erreichen. Über den Sommer kann

sich das Flüchtlingsthemma erneut zuspitzen. Während das reichste 1% hierzulande täglich um ca. 150 Millionen reicher wird und Millionen für Wahlkämpfe ausgegeben werden, behaupten die da oben immer noch „wir müssen sparen“. „Wir können uns die Reichen

nicht mehr leisten“ muss der Schlachtruf werden, mit dem wir Millionen für Bildung und Gesundheit, für Lohnerhöhungen und mehr Personal erkämpfen. Wir haben eine Wahl: zwischen kämpfen und nicht kämpfen. Nur wer kämpft, kann auch gewinnen!

Sonja Grusch

Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.